

# Neu-köllnisch **DIE LINKE. PDS**

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

## Wahlergebnis gibt neuen Schub für Entwicklung einer neuen Linken

Wir haben die ersten Schritte zu einer neuen Linken in Deutschland erfolgreich absolviert. Nach einem sehr guten Wahlergebnis hat sich die Fraktion Die Linke. Im Deutschen Bundestag konstituiert.

Der Vorstand hat sich darüber verständigt, wie die nächsten Schritte zu einer neuen Linken gegangen werden sollen. Wir wollen die Dynamik des Aufbruchs zu einer neuen Linken aus der Basis und aus dem Wahlkampf aufnehmen.

Für den 10. und 11. Dezember wurde die 3. Tagung des 9. Parteitages der Linkspartei. PDS nach Dresden einberufen. Dort wird es



eine inhaltliche Verständigung zu den Aufgaben der Linken in den kommenden Jahren geben. Dazu erwarte ich mir tragende Beiträge auch von Seiten der WASG. Auf dem Parteitag wird über die Einleitung einer Urabstimmung in der Linkspartei.PDS zu entscheiden sein, die vor dem Hintergrund einer klaren Bestimmung des inhaltlichen und organisatorischen Rahmens der Fusion mit der WASG darüber entscheiden soll, ob und wie wir diesen Weg weitergehen wollen. Die Wählerinnen und Wähler erwarten eine gemeinsame Politik: Hier sehe ich die Bundestagsfraktion in der Pflicht. Die Konstituierungsphase muss schnell abgeschlossen werden, damit die Arbeit beginnen kann. Schon in den ersten Sitzungen des neuen Bundestages muss sichtbar werden, wofür uns unsere Wählerinnen und Wähler dort hinein gewählt haben.

**Lothar Bisky (MdB),**  
Bundesvorsitzender der Linkspartei.PDS

## Wir sind in Neukölln vor Ort für die Menschen da

Interview mit Evrim Baba (MdB), Vorsitzende der Linkspartei.PDS in Neukölln und Direktkandidatin für die Bundestagswahl

### Du warst Direktkandidatin in Neukölln, die Wahlergebnisse im Bezirk müssten Dir gefallen haben?

Das kann man in der Tat sagen. Es war unser Ziel, dass wir in Neukölln ein besseres Ergebnis als 2002 erreichen. Seit 1999 machen wir eine aktive Arbeit vor Ort. Wir haben inzwischen intensive Kontakte mit vielen Vereinen, Organisationen oder auch Quartiersmanagern. Wir sind auch Ansprechpartner für sie. Die Linkspartei.PDS wird in Neukölln wahrgenommen. Die Akzeptanz uns gegenüber ist deutlich gewachsen. Wir konnten in den letzten Jahren von Wahl zu Wahl unsere Ergebnisse verbessern. Kontinuierliche Arbeit im Bezirk ist ein Aspekt, der zum Wahlergebnis beigetragen hat. Aber auch das neue Linksbündnis spielte und spielt auch eine große Rolle.

### Mit der Wahlalternative WASG in Berlin ist die Diskussion schwieriger als andersorts, wo es ja schon Verbindungen zwischen WASG und Linkspartei gibt. Wie ist die Situation in Neukölln?

Wir haben uns natürlich im Vorfeld des Wahlkampfes mit der WASG zusammen gesetzt und haben besprochen, dass wir eine Erklärung auf den Weg bringen wollten, um unsere Zusammenarbeit öffentlich zu machen. Der gemeinsame Wahlauftritt zeigte, dass wir gut zusammenarbeiten. Natürlich gab es auch Differenzen. Aber wir hatten das gemeinsame Ziel, eine starke linke Oppositionsfraktion im Bundestag. Ich hoffe, dass die gute Zusammenarbeit fortgesetzt wird für kommenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus und für die Bezirksverordnetenversammlung.

**Gregor Gysi hat kürzlich gesagt, dass eine Zusammenarbeit in Berlin sogar zwingend notwendig sei, da die Geschäftsordnung im Bundestag nur Fraktionen zulasse, deren Mitglieder nicht gegeneinander auf Länderebene kandidieren.**

Natürlich ist es so, dass die Menschen uns schon bei dieser Wahl als vereinigte Linke gewählt haben. Das muss man ehrlich sagen. Wir sind im Bezirk aufgetreten als Linkspartei. Wir haben unseren Namen geändert, um die Weichen für diese Fusion zu stellen. Ich denke, es ist ein Muss, dieses Bündnis der Linken auf den Weg zu bringen. Wenn es denn für die Abgeordnetenwahlen zeitlich

nicht mehr zu schaffen ist, sollte man trotzdem vereinbaren, dass man nicht gegeneinander antritt.

### Es gab ein Wahllokal mit fast 20 Prozent für die Linke – wie ist das zu erklären?

Wir haben insgesamt in Neukölln das beste Ergebnis der Westbezirke Berlins – mit 8,7 Prozent liegen wir exakt auf Bundesdurchschnitt. Das ist ein hervorragendes Ergebnis. Neukölln hat einen

wichtigen Anteil geleistet, dass die Gegner des sozialen Kahlschlags jetzt so stark im Bundestag vertreten sind. Viele Zeitungen haben berichtet, dass die Linkspartei im Wahlbezirk Böhmisches Dorf in Neukölln mit 19,3 Prozent ihr bestes Westergebnis erzielt hat. Die Gegend dort ist sehr vielfältig, pluralistisch. Da leben viele Nichtdeutsche. Wir haben unmittelbar in der Nähe unsere Geschäftsstelle und so auch den direkten Kontakt mit den Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort. Sie kommen oft zu uns in die Geschäftsstelle. Viele davon sind Hartz IV-Empfänger, für die wir Beratung, Unterstützung und Hilfe angeboten haben. Aber auch Immigranten versuchen wir weiterzuhelfen, etwa bei Einbürgerungsfragen. Wir sind vor Ort für die Menschen da.

### Wie geht es weiter?

Wir wollen bei den kommenden Wahlen ein besseres Ergebnis holen, damit wir auch im Bezirk stärker vertreten sind. Wir arbeiten in der Zählgemeinschaft mit Grünen und SPD konstruktiv für Neukölln und wollen das künftig mit mehr Gewicht machen.

Fragen von Christoph Nitz



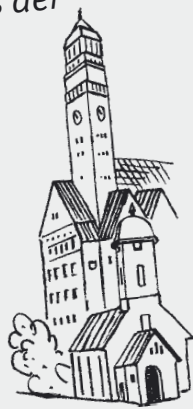
Bericht von der BVV am 21. September

# Schwere Entscheidung

Im Mittelpunkt der BVV-Sitzung stand die Diskussion zum Doppelhaushalt 2006/07. Viele Besucher waren gekommen, um die Debatte zu verfolgen. Schon eingangs berichtete Bürgermeister Heinz Buschkowsky von Schwierigkeiten und Problemen bei der Haushaltsaufstellung. Es lagen einige Änderungsanträge der Zählgemeinschaft vor, damit die von der Zählgemeinschaft vereinbarten Schwerpunkte, wie keine Kürzung bei Jugend, Bildung, Kultur, Soziales und Grünunterhaltung, konkret unteretzt werden konnten. Diese Anträge wurden angenommen. Wichtig war in diesem Zusammenhang die Präambel (siehe Kasten) zum Haushalt, die dem Senat mit übergeben werden soll.

Die CDU weigerte sich detailliert über einzelne Positionen, im haushaltsdeutsch »Titel« genannt, zu diskutieren. Demzufolge hatten sie sich mit dem eigentlichen Zahlenwerk nicht beschäftigt. Sie lehnten den Haushalt generell ab. Dringende Änderungsansprüche zweier CDU-Stadträte (Büge und Freiberg) wurden von der Zählgemeinschaft eingebracht und auch gegen CDU-Stimmen beschlossen. Soweit zur Unterstützung dieser Stadträte durch ihre eigene Fraktion und zur konstruktiven Rolle der Union im Bezirk.

Bericht  
aus der



Bezirks-  
verordneten-  
versammlung

Trotz großer Bedenken wurde dem Haushalt letztendlich mehrheitlich zugestimmt.

## Mündliche Anfragen

Bei den mündlichen Anfragen ging es um Benennung des Frauenviertels (SPD), Radfahren auf der Johannisthaler Chaussee (FDP), Broschüre »Angebot für Migranten in Neukölln« (CDU), Verpachtung durch das Natur- und Grünflächenamt (Linke.PDS) sowie zur Verteilung der Schulhof-CD durch die NPD (Linke.PDS).

## Große Anfragen

Bei den Großen Anfragen wurden zwei Probleme diskutiert. Zum einen fragte die SPD, warum die Anzahl der Antragsteller im Job-Center von 50.000 auf 75.000 gestiegen sei. Ob es sich hier um einen vermehrten Zuzug nach Neukölln handele, oder sich Bedarfsgemeinschaften splitten, war an diesem Abend nicht eindeutig zu klären. Zum anderen fragte die CDU nach der Essensversorgung an den Ganztagschulen. Stadtrat Wolfgang Schimmang berichtete, dass das Essensangebot gut nachgefragt wird. Die Teilnehmerquote könne aber noch gesteigert werden, da nicht alle Kinder an der Essensversorgung teilnehmen. Probleme mit der Qualität seien ihm nicht bekannt. Jede Schule hat das Recht sich selbstständig um eine Catering-Firma zu bemühen, die ihren Anforderungen entspricht. Ein Zwang zum

## Anfrage – Was wurde daraus?

### Beschlossen

- Konzept für ältere Migranten (SPD)
- Zusätzlicher Parkscheinbereich in Alt-Rudow (SPD)
- Fahrradstellbügel (Grüne)
- Mittelstreifen an der Sonnenallee (SPD)
- Längere Öffnungszeiten zur Fußball-WM I (CDU)

### Überwiesen

- Längere Öffnungszeiten zur Fußball-WM II (CDU)
- Einrichtung Stadtinformationsnetz Bluespot (SPD)
- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Linke.PDS)
- Öffentliche Grillplätze im Bezirk (Linke.PDS)
- Konzept für Fußball-WM (CDU)

### Schlussberichte

- Einführung einer abteilungsgenauen Ressourcen-Verantwortung (Grüne)
- Wettbewerb »Zukunftsfähige Kommunen« (SPD, Grüne, Linke.PDS)
- Starterpaket für junge Eltern (Linke.PDS)
- Schuldnerberatung für Jugendliche (SPD)

Mittagessen besteht nicht, aber eine regelmäßige warme Mahlzeit ist für so einen langen Tag in der Schule empfehlenswert.

**Sylvia Stelz, Fraktionsvorsitzende**

Die nächste BVV findet am 26. Oktober statt.

## Präambel zum Bezirkshaushalt 2006/07

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln beschließt den Doppelhaushalt für die Jahre 2006 und 2007 in Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflicht mit großem Bedenken.

Die BVV Neukölln verkennt nicht die katastrophale Finanz- und Haushaltssituation des Landes Berlin und würdigt ausdrücklich die Bemühungen des Bezirksamtes Neukölln um eine möglichst sparsame, aber dennoch bürgerfreundliche und an den Interessen der Neuköllner Bevölkerung orientierte Haushaltsführung.

In Anbetracht der vorhandenen und sich ohne Gegensteuerung weiter verschärfenden sozialen Verwerfungen in Neukölln empfindet die BVV die durch den Senat zugewiesene Globalsumme als völlig unzureichend.

Die Wiedereinführung einer Personalsum-

me ist mit dem System der Globalsummensteuerung und des Produktsummenbudgets unvereinbar. Die Kürzung der Personalmittel um 10 Prozent gegenüber den Personal-Ist-Ausgaben 2004 führt zu Entscheidungen mit erheblicher Härte gegenüber den Mitarbeitern. Die BVV beschließt mit dem Haushalt Maßnahmen wie die Privatisierung des Friedhofsamtes, des Pförtnerdienstes und anderer interner logistischer Dienstleistungen mit Widerwillen, sieht aber auf Grund der Vorgaben keine anderen Möglichkeiten.

Die BVV registriert mit Unmut die Haushaltsrisiken, die mit der Schaffung des Kita-Eigenbetriebes verbunden sind. Die vom Senat unterstellte Wirtschaftlichkeit dieses Unternehmens wird von vielen Fachleuten in Zweifel gezogen. Die BVV erwartet eine Abfederungszusage für beim Eigenbetrieb

auf tretende, nicht vom Bezirk verursachte Defizite.

Die Gleichheit der Lebensbedingungen in allen Berliner Bezirken ist nach wie vor nicht erreicht. Im Gegenteil, die Finanzzuweisungen je Bezirk offenbaren ein nicht erklärbares und nicht nachvollziehbares Gefälle bei der Finanzausstattung der Bezirke pro Kopf der Bevölkerung. Die BVV fordert den Haushaltsgesetzgeber erneut auf, dem Verfassungsgebot Priorität einzuräumen. Insbesondere die Bezirke mit einem hohen Migrantenanteil an der Bevölkerung schultern die schwere Aufgabe der Integration und der Bewahrung des sozialen Friedens für die gesamte Stadt. Sie bedürfen daher einer stärkeren politischen und finanzpolitischen Hinwendung.

Die Fraktionen  
von SPD/Grüne/Linke.PDS

# Nach der Wahl ist vor der Wahl!



Dieser Slogan ist diesmal noch treffender als je zuvor. Nach ein paar Wochen Ausrufen, starten wir Anfang des Jahres 2006 in einen neuen Wahlkampf. Diese Wahl wird nicht nur für unseren Bezirk entscheidend sein.

Wie werden sich die Kräfte im Bezirk sortieren? Wird die CDU die Oberhand gewinnen, oder schaffen wir es als gestärkte

Fraktion in die BVV einzuziehen? Viele Fragen sind offen, aber die Antworten werden von großer Tragweite sein.

Entscheidend und richtungweisend sind die mit der WASG zu führenden Gespräche. Als starke und eigige Linke hätten wir die Chance, den Einfluss im Bezirk zu erhöhen und uns weiter für die sozialen Belange der Neuköllner einzusetzen bzw. dafür zu kämpfen. Gegeneinander antreten hieße, die Zersplitterung der Kräfte und das Abrutschen in die Bedeutungslosigkeit

sowie der Ebnung einer Vormachtstellung der CDU im Bezirk.

Im Jahr 2001 waren wir, die Linke.PDS, das Zünglein an der Waage. Durch unsere Entscheidung zu einer rot-rot-grünen Zählgemeinschaft, haben wir das politische Spektrum im Bezirk nachhaltig verändert.

Allerdings verstehe ich auch die Bedenken einiger Genossen der WASG bezüglich

der Regierungsbeteiligung der Linkspartei. PDS in Berlin. Aber auch hier sollte man bedenken, was wäre wenn? Gäbe es eine Sozialkarte, eine Mietobergrenze für Hartz IV-Empfänger oder die neuen Gesetze zur Bürgerbeteiligung in Berlin, wenn die Linkspartei ausschließlich in der Opposition geblieben wäre? Ich glaube, nicht.

Regierungsbeteiligung auf Landesebene heißt nicht, Hartz IV zu akzeptieren. Hartz IV ist und bleibt Armut per Gesetz. Gerade darum ist es notwendig, sich für die Schwachen dieser Gesellschaft einzusetzen, für die Menschen da zu sein und im Rahmen der gesetzlichen Regelungen das Bestmögliche herauszuholen und jeglichen Spielraum zum Wohle der Berliner Bevölkerung zu nutzen.

Eine Beteiligung der Linkspartei auf Bundesebene ist für mich in naher Zukunft allerdings ausgeschlossen, da gebe ich der WASG Recht. Ein ›Mitmischen‹ bei Gesetzen, wie Hartz IV ist für mich unvorstellbar. Es sei denn, die Bundesregierung würde eine konstruktive und nachhaltige Umgestaltung der Gesellschaft in Anlehnung der Programmatik unserer Partei in Angriff nehmen, aber davon sind wir derzeit weit entfernt. Also ist eine starke geschlossene linke Opposition im Bundestag jetzt wichtiger denn je. Aber auch das Abgeordnetenhaus Berlins und die BVV in Neukölln brauchen starke linke Fraktionen. Dafür werden wir kämpfen.

**Sylvia Stelz**  
Fraktionsvorsitzende

## Diskussion zur Vereinigung von WASG und Linkspartei.PDS

Aus der Sicht des Berliner ›Sonderfalls‹

Die Gespräche über mögliche Kandidaturen von WASG-Mitgliedern auf offenen Listen der PDS zu den Bundestagswahlen waren noch in vollem Gange und ihr Ausgang noch ungewiss, da schrieben die Medien schon von einer neuen Linkspartei, als sei sie Tatsache. Umfragen für das ›Linksbündnis‹, dass es noch nicht gab, wurden veröffentlicht, die stabil über 7% bundesweit lagen und Spitzenwerte um 12% erreichten. In der PDS machte das Wort von der ›einmaligen historischen Chance‹ die Runde. Andere waren skeptischer, konnten sich aber der Faszination der Umfrageergebnisse nicht entziehen. Folglich gab es in der PDS kaum Streit über das ›Ob‹ eines gemeinsamen Wahlantritts, sondern um das ›Wie‹ und die weitergehenden Perspektiven.

Mittlerweile hat das ›Projekt Linkspartei‹ als Vereinigung von WASG und Linkspartei. PDS eine eigene Dynamik entwickelt. Auf Bundesebene gilt eine Vereinigung fast

schon als beschlossene Sache. Ein Nichtgelingen hätte verheerende politische Folgen für die Linke insgesamt. Abgesehen von der Häme der politischen Gegner und der veröffentlichten Meinung, der keimende Umgruppierungs- und Selbstorganisationsprozess der Linken würde in weit verbreitete Resignation umschlagen. Noch vor kurzer Zeit hat sich die WASG mit Schwerpunkt in Westdeutschland als Organisation in Abgrenzung und Konkurrenz zur PDS gegründet. Die inhaltliche Klammer der WASG-Gründung war die Ablehnung der Agenda 2010. Seitdem haben beide Organisationen viele Neueintritte zu verzeichnen, die Umfragewerte sind gut bis fantastisch. Es kann vermutet werden, dass Neumitglieder beider Organisationen und neue Wählerinnen und Wähler für die offene Liste der Linkspartei.PDS weder für die WASG noch für die PDS allein gewinnbar wären. Wie es scheint, gibt es eine Option auf eine neue stärkere gesamtdeutsche

Linke jenseits von SPD und Grünen, die größer ist als WASG und PDS.

In gewisser Weise gibt es einen Vertrauensvorschuss auf eine vernünftige Einigung von WASG und Linkspartei.PDS. Es wächst also etwas zusammen, dass den Nachweis erbringen muss, dass es auch zusammen längerfristig etwas bewegen kann. Wenn die These stimmt, dass ein Großteil unserer Wählerinnen und Wähler am 18. September der Auffassung sind, dass sie eigentlich schon die neue Partei wählen folgt daraus zweierlei:

1. Die Vereinigung der beiden Organisationen muss so zügig und transparent geschehen wie möglich, auch unter in Kaufnahme nicht ausdiskutierter Differenzen; Und die in Vereinigung befindlichen Organisationen müssen gegenüber einer neuen Bundesregierung und in den Ländern gemeinsam politikfähig agieren können.

2. Ein konkurrierendes Antreten von WASG und Linkspartei.PDS bei den Landtagswahlen 2006 wäre eine politische Dummheit, die die neu gewonnenen Wählerinnen und Wähler in Scharen wieder vertreiben würde.

*Auszug aus einem Dokument  
des Landesvorstandes, vollständig  
nachzulesen unter:*

[www.Linke.PDS-Berlin.de/politik/dok/themen](http://www.Linke.PDS-Berlin.de/politik/dok/themen)

# Rixdorfer Nachlese

## Neuköllner Flagg-Schiff ›Philipp Morris‹ mit halber Kraft voraus

Die zwei großen Volksparteien bekamen in der Wahlnacht nicht nur einen Denkkzettel, sie bekamen auch ihre eigene Ohnmacht zu spüren. Heraus kam ein Patt, das in kleinlichem Gezänk ausartete.

Die eigentlichen Anliegen, die großmäulig verkauften Wahlziele verblassten zwischen dem Machtgerangel der Spitzenkandidaten. Es blieb beim Versprechen. Die ganze Ohnmacht zeigte sich schon beim Rededuell zwischen Merkel und Schröder. Als das Problem der steigenden Ölpreise zur Sprache kam, antwortete Schröder: 30 bis 40 Prozent der Preise sind Spekulation, auf die wir keinen Einfluss haben. Das Schweigen von Merkel hierzu war das Eingeständnis, sich mit der Lage abzufinden, statt gegen die hausgemachten Missstände anzugehen und den Spekulanten den Kampf anzusagen.

Mit dem Ergebnis der Linkspartei wird der Bundestag, statt einer Tribüne der Selbstdarstellung, zum Feld offener Diskussionen für die Anliegen der Bürger. Bisher gab es kein Bestreben soziale Anliegen auf die Tagesordnung zu setzen und somit gewerkschaftlichen Fragen, wie Arbeits- und Lebenswelt in den Mittelpunkt zu stellen. Die Folgen dieses Versäumnisses sind, dass ganze Produktionszweige schließen oder abwandern und die Kollegen gegeneinander ausgespielt werden. Alle 15 Minuten schließt ein Betrieb in Deutschland. Es ist doch zu fragen: Wer kassierte staatliche

Subventionen, Forschungs- und Entwicklungsgelder und setzt sich dann ab? Die Chefs und Manager sind in der CDU und FDP zu suchen. Den Steuerausfall haben sie letztendlich selbst mit zu verantworten.

Die Meldungen und Ankündigungen von Betriebseinschränkungen und -schließungen der letzten Tage signalisieren neuen Unmut. Genannt wurde auch das Flagg-Schiff der Neuköllner Wirtschaft ›Philipp Morris‹, das auf Grund sinkender Nachfrage seine Produktion um ein Drittel drosseln will. Reemtsma in Wilmersdorf will 250 der dort beschäftigten Kollegen vor die Tür setzen. In Oberschöneweide soll Samsung verschwinden. Bei Siemens und ihren Töchtern geht der Abbau und die Verlagerung weiter.

Da hilft kein Hartz IV und keine Steuerreform, die die Großen verschont und die kleinen Leute schröpft. Was die Erhöhung der Mehrwertsteuer betrifft, auch sie bezahlt allein der Endverbraucher. Unternehmer reichen sie nur weiter.

Den Herren Brüderle und Westerwelle sei gesagt: Wer die Gewerkschaften verdammt, wer nach betrieblichen Verträgen schreit und Flächentarife bekämpft, will damit nur die Beschäftigten entmündigen. Tarife sind gesetzlich gesichert und müssen bezahlt werden. Alles andere kann den Kollegen mit einem Federstrich genommen und entzogen werden. Das Spiel der ›freien‹ Demokraten sichert keine Arbeitsplätze.

Werner Gutsche

## Aus dem Bezirk

### Neue Städtepartnerschaften

Neukölln will jetzt zwei neue Städtepartnerschaften besiegeln. Das haben die Bezirksverordneten beschlossen. Der Vertrag mit dem 5. Prager Bezirk Smichov wurde Anfang September unterzeichnet. Außerdem steht die erste Partnerschaft des Bezirks in der Türkei an. Sie wird mit dem Bezirk Cigli in der Stadt Izmir geschlossen. Vertragsziele sind Erfahrungsaustausch der Verwaltung, Jugend- und Sportförderung sowie

Austausch im Bildungswesen sowie in Tourismus- und Wirtschaftsförderung. Bisher pflegt Neukölln elf Städtepartnerschaften, mit weiteren vier Städten gibt es freundschaftliche Kontakte.

### Seminar

Die Neuköllner Gleichstellungsbeauftragte informiert: ›Wie bin ich wirklich erfolgreich?‹

Im Frauentreffpunkt Schmiede, Richardplatz 28, 12055 Berlin-Neukölln, findet vom 8. bis 9. November 2005 (Dienstag/Mittwoch) das Seminar: ›Wie bin ich wirklich erfolgreich?‹ Verhandlungstraining statt. Für die Teilnahme am Seminar kann Bildungsurlaub beantragt werden. Kosten: 55,00 Euro pro Tag und Teilnehmerin

Anmeldungen können telefonisch oder per E-Mail erfolgen. Ansprechpartnerin: Rita Oltersdorf Tel. 68 09 25 95, Fax 68 09 24 45 E-Mail: rita.oltersdorf@ba-nkn.verwaltung-berlin.de

## Termine der PDS Neukölln

### Bezirksvorstand

7. und 28. Oktober, 15 Uhr,  
Richardplatz 16

### Mitgliederversammlung

28. Oktober, 18 Uhr  
Richardplatz 16

### Fraktionssitzung

17. und 24. Oktober, 17 Uhr,  
Rathaus, Raum A 307

### BVV

26. Oktober, 17 Uhr, Rathaus, BVV-Saal

### Redaktionssitzung

14. Oktober, 9 Uhr  
Richardplatz 16

## Neuköllner Termine für Oktober

### Galerie Olga Benario

13. Oktober, 19.30 Uhr  
›Karbid und Sauerampfer‹ Spielfilm  
mir Erwin Geschoneck

### Schmiede Richardplatz

13. Oktober, 18 bis 22 Uhr  
Rixdorfer Schmiedeabend

### Saalbau Neukölln

14. Oktober, 20 Uhr  
Die Piraten von Penzance, Satirische Oper  
28. und 29. Oktober, 20 Uhr  
Männer-Minne

### Galerie im Körnerpark

14. Oktober, 19 Uhr  
Ausstellungseröffnung ›Leonberg‹

### Alte Dorfschule Rudow

22. Oktober, 20 Uhr  
Liederabend mit Peter Furtner

### 23. Oktober, 16 Uhr

Theater Zaubersalz: Der kleine Maulwurf Buddel

### Spielplatz Wildhüterweg

### 28. Oktober

Drachen- und Feuerfest

### Gemeinschaftshaus Gropiusstadt

25. Oktober, 10.30 Uhr

Puppentheater GONG

### Quartiersbüro Rollberg

3. November

Zuckerfest im Gemeinschaftshaus Rollberg

## Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich

im Oktober

Sahturna Agdasan

Carsten Bredlau

Cumhur Ertalay

Alwin Nachtweh

Lülüfer Sik

## IMPRESSUM

›Neu-köllnisch‹ erscheint monatlich.

**Herausgeber:** PDS Neukölln,  
Geschäftsstelle Richardplatz 16,  
12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19  
Auflage dieser Ausgabe: 1.500

**V.i.S.d.P.:** Dr. Sylvia Stelz

Redaktionsschluss: 27. September 2005

*Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!*